

In der Demokratie liegt Zukunft

Der Markt und die Expertokratie sind keine Alternativen zur demokratischen Staatsform



Bruno S. Frey

Klagen über die Demokratie gehören schon fast zum guten Ton. Sie seien langsam und unbeweglich, passe nicht in die moderne Zeit und behindere den wirtschaftlichen Fortschritt. Anstelle rationaler Entscheidungen träten faule Kompromisse. Deshalb hätten die Stimmbürger nur noch ein geringes Interesse, sich politisch zu betätigen.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie wird auch aus Befragungen deutlich. Dies gilt nicht nur für die ehemals kommunistischen Länder, wo von der Demokratie erwartet hatte, sondern auch in den Ländern der heutigen Europäischen Union. Politische Kommentatoren bestätigen diese Mängel. So sprach etwa Lord Dahrendorf kürzlich von einer «Krise in die Krise geratenden parlamentarischen Demokratie».

In dieser Situation wird immer wieder die Vorstellung eines «idealen Staates» heraufbeschworen. In ihm gibt es keine dauernden Auseinandersetzungen und faulen Kompromisse, sondern es herrscht Einigkeit zwischen den Bürgern. An der Spitze steht ein «Philosophenkönig», der mit Hilfe einer unbestechlichen und effizienten öffentlichen Verwaltung zum Wohl der Bevölkerung herrscht.

Utopien sind etwas Gutes. Träumen ist jedoch nur sinnvoll, wenn die wesentlichen Aspekte nicht ausgeblendet

werden. In der Politik geht es aber gerade um das Umgehen mit verschiebenden und oft sogar gegenläufigen Anliegen. Zum Staat gehören notwendigerweise die gegensätzlichen Interessen von Regierenden und Bürgern. Die Demokratie kann als diejenige Staatsform angesehen werden, in der die Politiker durch die Verfassung beschränkt werden. Dazu dienen viele verschiedene Institutionen wie die Gewaltenteilung oder die beschränkte Amtsdauer von Präsidenten. Gleichzeitig erhalten die Bürger in Demokratien verschiedene unverzichtbare Rechte, wie die Möglichkeit, zu wählen oder sich gerichtlich gegen die Regierung zu wehren.

Welche Alternativen gibt es überhaupt zur Demokratie? Diese Alternativen müssen genauso kritisch beurteilt werden wie die viel geschmähte Demokratie. Heute werden besonders zwei Alternativen befürwortet, der Markt und die Expertenherrschaft.

Der Markt hat in der Tat viele hervorragende Eigenschaften. Die Überlegenheit dieses Systems hat sich überaus deutlich im Vergleich mit den kommunistischen Planwirtschaften gezeigt. Aber auch die phantastische Entwicklung der Schweiz von einer armen zu einer der reichsten Wirtschaften ist wesentlich auf die Produktivkraft des Marktes zurückzuführen. Der Markt hat jedoch auch seine wohlbekannteren Mängel. In Bereichen, in denen ein Preiswettbewerb nicht möglich oder unerwünscht ist, kann er zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Die Leistung des Marktes lässt ebenfalls zu wünschen übrig, wenn der Wettbewerb durch monopolistische Praktiken unterdrückt wird. Der Markt garantiert zudem keine «gerechte» Verteilung der Einkommen, und die Konjunkturzyklen führen immer wieder zu Arbeitslosigkeit. Der Glanz des Marktes wurde auch durch das Verhalten seiner Exponenten, der



ILLUSTRATION: GABRIEL KOPF

Manager, beeinträchtigt. Einige von ihnen haben die Unternehmensverfassung (Corporate Governance) in extremer Weise zu ihren eigenen Gunsten missbraucht und sich damit exorbitante Entlohnungen gesichert.

Die Demokratie ist nicht sakrosankt, sondern sollte weiterentwickelt werden – durch stärkere Beteiligung der Bürger.

Aus diesen Gründen steht gegenwärtig eine andere Alternative zur Demokratie höher im Kurs. Experten mit viel Wissen und Erfahrung sollen den Staat führen. In den meisten Industrieländern wird heute die Geldpolitik von einer regerungsunabhängigen Zentralbank durchgeführt. Vor allem in Deutschland werden gerade besonders wichtige politische Entscheidungen durch die obersten Gerichte gefällt. Der bereits erwähnte Lord Dahrendorf steht in der «undemokratischen Einrichtung des House of Lords... die Lösung des Problems» der Krise der Demokratie. Aber auch

bei uns besteht zunehmend die Tendenz, Bereiche aus der Politik auszugliedern und sie Expertengremien zu überlassen. Diese Lösung hat jedoch erhebliche Nachteile. Vor allem haben die Experten nur geringe Anreize, den Wünschen der Bevölkerung entsprechend zu entscheiden. Selbst wenn sie dazu bereit wären, verfügen sie nicht über die notwendigen Informationen, die unterschiedlichen Anliegen in der Bevölkerung angemessen abzuwägen. Schliesslich bleibt ein weiter Raum zwischen Entscheidung und praktischer Durchführung. Expertengremien dürften es oft noch schwerer als die Regierung haben, sich gegenüber den Eigeninteressen der staatlichen Verwaltung durchzusetzen. Deshalb ist gegenüber der Vorstellung, immer mehr politische Probleme Experten zu überlassen, grösste Vorsicht geboten.

Aus diesen Überlegungen wird deutlich: Im Vergleich zum Markt und zu Expertengremien schneidet die Demokratie nicht schlecht ab. Allerdings sollte auch die Demokratie nicht als sakrosankt gelten, sondern weiterentwickelt werden. Insbesondere sind die förderativen Entscheidungsverfahren mehr den auftretenden Problemen anzupassen (beispielsweise in Form von funktionalen, sich überlappenden politischen Gremien). Auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger sind zu erweitern. So würde es dem gegenwärtig tagenden Europäischen Verfassungskonvent gut anstehen, den Bürgern der Europäischen Union direkte Mitsprache bei inhaltlichen Entscheidungen zu gewähren. Auf diese Weise lassen sich die Mängel der Demokratie überwinden und die Bürger wieder an die Politik heranzuführen. Nicht weniger, sondern mehr Demokratie ist deshalb angezeigt. Die direkte Demokratie ist die Staatsform der Zukunft.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich.